

Zeitschrift: Die Berner Woche in Wort und Bild : ein Blatt für heimatliche Art und Kunst

Band: 16 (1926)

Heft: 9

Rubrik: Aus der politischen Woche

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 30.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Aus der politischen Woche.

Die europäische Politik in Genf.

Die Diskussion über die Frage der Erweiterung des Völkerbundsrates ist im vollen Gang. Wenn es eines Beweises bedürft hätte, daß das Werk von Genf noch nicht vollendet, vielmehr erst im Werdestadium ist, so wäre er durch diese Streitfrage erbracht worden. Nein, die Völkerfamilie sitzt noch nicht einmütig um den Friedenstisch, gleicher Rechte und gleicher Ziele bewußt. Noch gibt es an diesem Tisch Hungrige, Ungezügigte, aber auch solche mit Riesenappetit, die beständig mit großer Kelle schöpfen und andern kaum den bescheidenen Rest gönnen, neben Bescheidenen und Zufriedenen. Eigentlich bestehen in Genf zwei Tische, um im Bilde zu bleiben: Einer für die Großmächte — Völkerbundsrat geheißen. Hier wird nach Bedürfnis gegessen; vorweg wird verteilt und verpeist, was Eßbares aus der politischen Küche kommt. Von Zeit zu Zeit werden auch die kleinen Mächte zum Male eingeladen und am andern Tisch sitzen sie dann mit den großen zusammen. Hier dürfen sie essen, was am kleinen Tisch schon säuberlich zerteilt und zerlegt worden ist; ganze Stücke finden sich keine mehr in den Schüsseln; das Mahl geht so friedlich und rasch vor sich, und es bleibt Zeit zu schönen Tischreden über den europäischen Frieden und die schönere Zukunft. Das große Bankett mit dem leichtvertaulichen Menu — das ist die Völkerbundversammlung.

Deutschland hat in Locarno die Zusage erhalten, daß es als Großmacht, als fünfte, mit an den kleinen „Tranchiertisch“ sitzen dürfe. Seine Messer sind schon geschliffen, sein Appetit ist groß, riesig groß. Nun tauchen plötzlich Schwierigkeiten auf. Nicht, daß man Deutschland den Sitz verweigern will. Aber es wollen nun auch Polen, Spanien und Brasilien mit an dem Tisch Platz nehmen. Natürlich gibt das eine veränderte Situation. So war es nicht gemeint in Locarno. Von andern neuen Mitgliedern in den Völkerbundsrat war dort nicht die Rede. Deutschland hat auch diesbezüglich keine Vorbehalte gemacht. Nun sieht es sich von dieser neuen Situation überrumpelt. Polens Mitgliedschaft kann ihm gar nicht erwünscht sein. Denn Polen wird als Partner Frankreichs automatisch immer das französische Gewicht verstärken, wo es sich um eine deutsche gegen Frankreich und Versailles gerichtete Forderung handelt. Wie steht's mit Spanien und Brasilien? Ersterer Staat steht momentan in enger Interessengemeinschaft mit Frankreich. Im Rüstkriege haben beide Mächte gleiche Ziele und dürfen sich naturgemäß auch auf politischem Boden nicht entgegenarbeiten. Brasilien, als Vertreter des lateinischen Amerika — zeitweilig auch Spanien — dürfte den italienischen Einfluß stärken, der momentan antideutsch orientiert ist. Für Deutschland ist die Erweiterung des Völkerbundsrates auf acht Mitglieder entschieden nicht wünschenswert.

Aber auch die englischen Interessen stehen dieser Lösung entgegen. Denn in einem vermehrten Ratskollegium verliert die einzelne Stimme an Gewicht. Auch England wünscht nicht die Verstärkung des französischen Einflusses im Völkerbundsrat durch das polnische Mandat. Ein lautloser aber hartnäckiger Kampf wird zur Stunde zwischen London und Paris ausgefochten. Die schöne Harmonie der beiden Premiers, wie sie bei jeder neuen Zusammenkunft hochförmig festgestellt wird, vermag die Diskrepanz der beidseitigen Staatsinteressen nicht aufzuheben. Chamberlain wünscht als Engländer — die Labourpartei fühlt in diesem Punkte nur englisch — eine Kontinentalpolitik ohne Hegemonie von irgend einer Seite. Die französische ist ihm ebenso wenig genehm, wie die im Weltkrieg erledigte deutsche es gewesen war. Gerade in diesem Momente sehen wir den englischen Einfluß überall einer Konföderation Europas im französischen Sinne entgegenwirken. Das von Frankreich in der Fälscheraffäre schwer bedrangte Ungarn wird

von England geschützt. Graf Bethlen ist im Begriff, über die Opposition im eigenen Lande zu triumphieren. Er geht nicht, so schwer er auch durch seine Mitwissenschaft um die



Sir Drumond,
der Generalsekretär des Völkerbundes, welche kürzlich in Berlin zur Besprechung mit Dr. Stresemann über die Formalitäten des Eintritts Deutschlands in den Völkerbund.

Fälschung französischer Noten, die eingestandenermaßen gegen Frankreichs Geldwesen gerichtet war, belastet ist. Man kann diese Widerstandskraft des ungarischen Ministerpräsidenten nur aus dem französisch-englischen Gegensatz heraus begreifen.

Dieser Gegensatz tritt in greller Beleuchtung zutage bei der französisch-türkischen Verständigung, die eben in Ankara abgeschlossen worden ist. Ueberraschend kam sie nicht; sie liegt in der Linie der traditionellen französischen Orientpolitik. Immer, wenn England mit den Türken im Konflikt lag, drückte Frankreich den Herren in Ankara die Freundschaft. So während des griechisch-türkischen Krieges, den England indirekt gegen die Kemalisten um den Bosporus führte, so heute wieder, da London in der Irakfrage gegen Ankara engagiert ist. Noch dementiert Paris die englandfeindliche Spur des Abkommens: es sei nicht wahr, daß de Jouvenel, der syrische Gouverneur, der den Türken die Ehre eines Besuches ihrer jugendlichen Hauptstadt gegönnt hat, — übrigens darin das Beispiel des englischen Unterhändlers in der Irakangelegenheit befolgend — das Stück Nordsyriens abgetreten habe, durch das die Bagdadbahn nach Mosul führt. Das wäre in der Tat ein unfreundlicher Akt gegen England gewesen, da dieses Bahnhüd in einem künftigen Krieg um Mosul eine ausschlaggebende Rolle spielen wird und da Frankreich bisher die strikte Loyalität in der Handhabung der syrischen Neutralität zugesichert hatte. Eine Abtretung syrischen Gebietes an die Türkei durch Frankreich ist auch darum nicht glaubhaft, weil Frankreich als bloße dem Völkerbund verantwortliche Mandatsträger dazu gar kein Recht hat. Sicher ist bloß, daß de Jouvenel mit Rückhalt in Ankara einen Freundschafts- und Neutralitätsvertrag geschlossen hat, der allerdings in der gegenwärtigen Situation für die Türkei eine Rückendeckung bedeutet — die zweite nach der durch den Vertrag mit Russland im Norden gewonnenen — die den Engländern nicht gleichgültig sein kann. Zweifellos werden sie ihre Gegenzüge in Bereitschaft haben, vielleicht schon getan haben. Die unerwartete Offensive des neuen Herrschers von Arabien, Ibn Saud, gegen Transjordanien hin, mag so gedeutet werden. Denn man weiß, daß England dem siegreichen Wahabitenführer die

Freundschaft angetragen hat. Es wird damit kaum anders gemeint sein, als daß Ibn Saud an Stelle seines Vorgängers Hussein, des vergangenen Königs von Hedschas,



Fridtjof Nansen,
der um den Weltfrieden hoch verdiente Vertreter Norwegens in Genf,
wurde kürzlich durch Verleihung des Titels eines Vordektors der schottischen Universität St. Andrews geehrt.

die englische Schachfigur sein soll. Der Zug gilt diesmal Abdullah, dem undankbaren Schützling Englands, durch dessen Gnade König von Transjordanien, der nun offenkundig antienglische Politik treibt. Indirekt wird mit ihm Frankreich in Syrien angegriffen.

Frankreichs Syrienpolitik ist überdies im gegenwärtigen Augenblick der Gegenstand einer eingehenden Untersuchung. In Rom tagt eben, unter dem Vorsitz des Italieners Theodoli, die Mandatkommission, die unter anderem auch die Klageeingaben der Syrier gegen Frankreich zu prüfen hat. Die Anhänger der Unabhängigkeit Syriens entfalten bei dieser Gelegenheit eine rege Propaganda. Sie werden kaum in nächster Zeit schon ihr Ziel erreichen. Frankreich kann in diesem wichtigen Moment das Mandat nicht aus den Händen geben, weil sich sonst Italien sofort an seine Stelle setzt, um mit ganzer Energie und sicher mit wachsendem Erfolg den Aufbau seiner Machtstellung im Mittelmeer in Angriff zu nehmen.

Italiens Politik hat durch Mussolini eine Zielstrebigkeit erlangt, wie sie seit Favours Zeiten nicht mehr erlebt worden ist. Die Kämpfe um die Herrschaft in Cyrenaika sind durch die friedliche Besetzung der Oase Andjila, die seinerzeit von Ägypten unfreiwilligerweise an Italien abgetreten wurde, zum glücklichen Abschluß gelangt. Das nächste fascistische Ziel in Afrika ist Tunis. Die französischen Nationalisten sehen schon Algerien und damit das ganze afrikanische Kolonialreich Frankreichs in den Händen der Italiener. Sicher ist, daß die gegenwärtigen Lenker des italienischen Staatschiffes ihren Blick auf Neuland gerichtet haben.

Im Dodekanes, auf der von Griechen bewohnten Insel Ralymnos, geht gegenwärtig ein ähnlicher rigoroser Staatenisierungsprozeß vor sich, wie in Oberethiopien. Die Bewohner schicken einen bewegten Appell an den Völkerbund: Helft uns gegen die Faschisten! Sie werden in Genf kaum den Schu-

finden, den man ihnen in den Verträgen versprochen hat und die der Garantie des Völkerbundes unterstehen. Denn noch liegt das Schwergewicht für die politischen Entscheidungen nicht innerhalb, sondern außerhalb des Völkerbundes. Das Agens in allen Vorgängen, in den Gruppierungen und Bündnissen, die in der Luft liegen und plötzlich Wirklichkeit werden, in den Entschließungen der Außen- und der Kriegsministerien ist immer noch das imperialistische Interesse der Großmächte. An die Stelle Deutschlands und insbesondere an die Stelle der zertrümmerten Donaumonarchie ist heute Italien getreten. Wie sehr dieses sich schon in die übernommene Rolle hineingewachsen hat, zeigt die Art, wie es sich jedem Balkanbund entgegenstellt und wie es auch den ungarischen Reil in der Kleinen Entente mit bewußter Konsequenz festigt. Die Diktatur des Generals Pangalos in Griechenland ist den italienischen Zielen günstig. Sie hindert die Bildung des Balkanbundes, weil sie wie alle Diktaturen nationalistisch und aggressiv ist. Pangalos ist eben daran, mit fascistischer Rücksichtslosigkeit jeden Widerstand gegen sein Regime zu unterdrücken. Die neuesten Opfer seiner Gewaltherrschaft sind der gewesene Ministerpräsident Papanaftasiu und der General Kondilis. Ein außerordentlicher Gerichtshof soll dem griechischen Mussolini die Opposition vom Halse schaffen.

Der Balkan scheint noch weit entfernt zu sein von dem Friedenspakt, den einseitige Männer erstreben. In Rumänien wirkt die Abdankungsaffäre zerstörend nach. Die Opposition macht gewaltige und anscheinend erfolgreiche Anstrengungen, das Gewaltregiment des Britannus zu brechen, Kronprinz Carol wieder zurückzurufen und neu in seine Thronrechte, auf die er nur gezwungen verzichtet haben will, einzutreten. Rumänien bedeutet unter solchen Verhältnissen einstweilen noch keinen Friedensfaktor auf dem Balkan. Wenn die Türkei Anstrengungen macht, mit den Balkanmächten einen Pakt zu schließen, so ist dies natürlich als ein politisches Manöver mit Blick auf Mosul zu bewerten: Rückendeckung. Der englische Gegenzug wird auch hier nicht ausbleiben.

Wenn die Deutschen in Genf einziehen, werden sie eine recht interessante Gesellschaft von Simultanspielern vor sich haben. Chamberlain, Briand, Mussolini — und draußen — durch den Telegraph verbunden — Tschitscherin und Ruchdi Bey: jeder hat ein halbes oder ganzes Dutzend Bretter vor sich, und schweigend werden die Figuren geschoben, wenn es nicht etwa Mussolini gefällt, eines der Schachbretter, wie kürzlich das der Alldeutschen, polternd umzustoßen, um es — sachte und vorsichtig wieder aufzustellen.

Die Deutschen werden sich die Partien zuerst besieben und dann gemäß ihre eigenen Figuren aufzustellen. Der Streit um die Sitze im Völkerbundrat wird im März kaum entschieden werden; die Mühlen der Diplomaten mahlen dazu zu langsam. Aber Genf wird durch Deutschlands Anwesenheit entschieden an Gewicht gewinnen, auch wenn es zu der hohen Politik vorläufig bloß die Banketttreden der Diplomaten wird liefern dürfen, während die eigentliche Politik draußen gemacht wird. Dies trotz der „Endgültigen Karte Europas“, die kürzlich von der Botschafterkonferenz dem liebenswürdig-geschäftigen Sekretär Drumond zur Aufbewahrung überreicht worden ist.

Eine für schweizerische Verhältnisse seltene Gelegenheit, in hoher Politik an die europäische Öffentlichkeit zu treten, war kürzlich Bundesrat Motta durch die Interpellationen Balloton und Dr. Huber geboten. Seine kluge, aber die sowjetrussischen Zumutungen deutlich ablehnende Rede hat in der Presse des In- und Auslandes (Rusland natürlich ausgenommen) die wärmste Zustimmung gefunden. Die Schweiz läßt die Türe zu neuen Verhandlungen offen. Tschitscherin hat Gelegenheit, seine Gesinnung in der Ar-
-ch-